

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 666 846 pbbn d
Telefax: 21 0664



Inhalt

Christa Randzio-Plath
MdEP zur Aufgaben-
stellung der Uruguay-
Runde des GATT: Der
Welthandel muß frei
und fair sein.

Seite 1

Ludwig Stiegler MdB zu
den Konsequenzen aus
den bayerischen
Landtagswahlen: Wir
sind gestürzt, geben
aber nicht auf.

Seite 3

Reinhold Hiller MdB zur
deutschen Benennung
tschechischer und pol-
nischer Städte: 'Neue'
Karten aus dem Pres-
seamt.

Seite 4

Dokumentation

Der Psychoanalytiker
Horst-Eberhard Richter
forderte kürzlich auf
dem in Bonn stattfin-
denden IPPNW-Kon-
greß eine 'Abkehr vom
Stärke Kult'. Wir doku-
mentieren sein Referat
in drei Teilen.

(Teil I)

Seite 4

45. Jahrgang / 199

17. Oktober 1990

Der Welthandel muß frei und fair sein

Zur Aufgabenstellung der Uruguay-Runde des GATT

Von Christa Randzio-Plath MdEP

Der Erfolg der Verhandlungen um die Uruguay-Runde des GATT ist ungewiß, weil die USA vermehrt zu einseitigen Handelsbeschränkungen greifen, die Europäische Gemeinschaft "Weltmeister" in der Verabschiedung von Selbstbeschränkungsabkommen ist und Japan ebenfalls protektionistische Positionen vertritt.

Protektionismus oder freier Welthandel: Der freie Welthandel ist grundsätzlich gefährdet, wenn die Uruguay-Runde scheitert. Es drohen Marktzerstörung, bilaterale Anarchie, Handelskriege und Kosten für Unternehmen und Verbraucher. Gerade die Golf-Krise verdeutlicht, wie zerbrechlich die internationalen Beziehungen sind. Deswegen setze ich auf einen erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde - auf freien und fairen Welthandel, der das Gebot des Interessenausgleichs zwischen wirtschaftlich starken und schwächeren Handelsnationen, zwischen Produzenten, Unternehmen und Verbrauchern berücksichtigt und soziale Regeln genauso respektiert wie den Umweltschutz.

Zu recht wird gerade von der Europäischen Gemeinschaft ein konstruktiver Beitrag im Rahmen der Uruguay-Runde erwartet. Wie wollen wir denn anders die Welt davon überzeugen, daß nicht Protektionismus und Marktabschottung die Außenwirtschaftspolitik der Gemeinschaft charakterisieren? Der Protektionismus der Gemeinschaft hat sich von den traditionellen Sektoren Landwirtschaft, Stahl, Textil, Bekleidung auf den Bereich der Güter mit einem hohen Anteil fortschrittlicher Technologien ausgedehnt. Die Angst vor der Festung Europa wächst. Die Europäische Gemeinschaft ist gleichzeitig die bedeutendste Handelsmacht und der größte Auslandsinvestor der Welt.

Zu recht verlangen die Entwicklungsländer sowohl Schutz wie Marktzugang. Ihre Integration in den Welthandel findet nicht statt. Eine Überlebensfrage ist für sie das Vermeiden des Dumping von Überschüssen der Industrieländer geworden. Der Marktzugang für ihre eigenen Produkte zum Beispiel auf dem EG-Markt ist nur ein Problem. Für sie ist jede Chance auf eine dauerhafte eigenständige Entwicklung verloren, wenn sich zum Beispiel weiterhin Überproduktion im Norden und Lebensmittelknappheit im Süden gegenseitig verstärken. Wir müssen aus diesem Teufelskreis herauskommen und den Welt -

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umweltschutz
nur wenn möglich
Recycling-Papier



Agrarmarkt neu organisieren. Die Fortschritte der Uruguay-Runde werden daran ablesbar werden, ob sie diesen Weg fördert oder blockiert. GATT kann eine Agrarreform nicht ersetzen. Es ist aber leichtsinnig, um jeden Preis die GAP zu verteidigen. Die EG muß Verantwortungs- und Verhandlungsbereitschaft signalisieren.

Zu den wichtigsten Themen der Verhandlungsrunde gehören der umfassende Schutz des geistigen Eigentums und der Dienstleistungsverkehr. Dabei sind nach Schätzungen des GATT die Weltexporte kommerzieller Dienstleistungen 1988 auf rund 560 Milliarden US Dollar gestiegen. Der Dienstleistungssektor gewinnt auch für die EG zunehmend an Bedeutung. Das liegt an der Globalisierung der Finanzmärkte und der größeren Freizügigkeit der Kapitalmärkte wie auch an der Tatsache, daß der wachsende Warenhandel umfangreiche Beratungs-, Finanzierungs- und Versicherungsleistungen auslöst.

Die Prinzipien für den Dienstleistungshandel sollen ähnlich wie für den Warenhandel sein: Meistbegünstigung, Nichtdiskriminierung und Transparenz. Das Europäische Parlament will ein umfassendes Rahmenabkommen in diesem Bereich, den später sektorenspezifische Regelungen ergänzen sollen. Es soll für Banken und Versicherungen zum Beispiel genauso gelten wie für Transport, Software und Fernsehen.

Das Herstellen und das Umsetzen von multilateralen Regeln ist die Hauptaufgabe des GATT. Deswegen soll das GATT zu einer Multilateralen Handelsorganisation ausgebaut werden. Die Uruguay-Runde muß dem GATT den Auftrag zu einer Reform erteilen, die sowohl eine Institutionalisierung des GATT als auch ein leistungsfähiges Streitschlichtungsverfahren vorschlägt, das für alle Vereinbarungen gilt.

Die Mängel des bestehenden Streitschlichtungsverfahrens provozieren Umgehungen der GATT-Regeln und protektionistische Tendenzen. Es geht um ein zügiges und durchsichtiges Streitschlichtungsverfahren für alle GATT-Bereiche.

Ein gerichtsförmiges Verfahren mit unabhängigen Richtern und einer Berufungsinstanz kann hierzu beitragen.

Umwelt- und Sozialklauseln will das Europäische Parlament in einer Welthandelsordnung verankert wissen. Allerdings sollen diese Klauseln nicht einem neuen Protektionismus bei Gütern und Dienstleistungen dienen, die sich nur die reichen Länder leisten können. Zu recht wird eine ökologisch verträgliche Begrenzung des Handels mit tropischen Hölzern gefordert. Sie muß finanziell kompensiert werden, denn für Europa ist die Erhaltung des tropischen Regenwaldes überlebenswichtig. Dafür muß ein finanzieller Beitrag geleistet werden. Warum nicht eine Weltressourcensteuer?

Immer noch fehlen Sozialklauseln im Regelwerk des GATT. Entgegen der Forderung des Europäischen Parlaments, die zwar die Vereinigten Staaten, aber nur wenige europäische Länder unterstützen, sind bis heute Arbeitnehmerrechte nicht festgelegt.

Importbeschränkungen oder Importverbote sollen möglich sein für Produkte, die unter Verletzung grundlegender Rechte, zum Beispiel Verbot der Kinderarbeit, hergestellt worden sind.

Nur freier und fairer Welthandel werden zu mehr Wohlstand weltweit beitragen. Deswegen gehört zum Konzept der Sozialistischen Fraktion auch eine internationale Wettbewerbsordnung und Regeln zur Kontrolle der multinationalen Unternehmen.

(-/17.10.1990/rs/ks)

**Wir sind gestürzt, geben aber nicht auf
Zu den Konsequenzen aus den bayerischen Landtagswahlen**

**Von Ludwig Stiegler MdB
Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD in Bayern
Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag**

Die Übergabe der Stafette für einen erfolgreichen Lauf zur Bundestagswahl am 2. Dezember ist mißlungen, wir sind gestürzt, aber wir geben nicht auf. Die Wegstrecke bis zum 2. Dezember läßt noch eine Änderung der politischen Landschaft zu. Durch die Enttäuschung bei der bayerischen Landtagswahl werden wir uns nicht davon abbringen lassen, engagiert für eine andere Mehrheit bei der Bundestagswahl zu kämpfen.

Der Prozeß der deutschen Einheit und die Feierlichkeiten aus Anlaß der Vereinigung haben wochen- und monatelang die öffentliche Aufmerksamkeit und die Medien beherrscht, im Schatten dieser Oberthemen war es nicht möglich, die landespolitischen Themen und die bundespolitischen Konflikte wahrzunehmen. Die Feiern sind vorbei. Der Alltag ist wieder eingeleitet. Jetzt treten die Alltagssorgen und die Alltagsprobleme wieder in den Vordergrund. Wir haben deshalb erstmals seit Anfang dieses Jahres wieder eine Chance, mit unseren Themen durchzudringen.

Die SPD wird nicht zulassen, daß CDU und CSU auch noch in den nächsten Wochen bis zur Bundestagswahl mit dem Thema deutsche Einheit alle anderen politischen Themen wegdrängen. Wir werden die Wohnungsnot, die Mietenexplosion, die Sorge um die Pflegebedürftigen, die Langzeitarbeitslosen und den Mangel an Kindergartenplätzen zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung machen. Wir werden nicht müde werden, auf die Ungerechtigkeiten der Gesundheitsreform und der Steuerpolitik von CSU und CDU hinzuweisen. Wir wollen gleiches Kindergeld für alle statt ungerechte Kinderfreibeträge für Spitzenverdiener und wir werden uns dagegen wehren, die Kosten der deutschen Einheit über höhere Zinsen und über die Mehrwertsteuer von den breiten Schichten tragen zu lassen, die Leistungsfähigeren in der Gesellschaft müssen ihren Beitrag dazu leisten, nicht den Arbeitnehmern darf alles aufgebürdet werden.

Die SPD in der Oberpfalz hat ihren "Wackersdorffbonus" von 1986 weitgehend eingebüßt, der Verlust von 57.919 Stimmen in der Oberpfalz muß die Partei alarmieren. Es zeigt sich, daß Stimmungen, die sich um ein politisches Thema ranken, auf die Dauer keine tragfähige politische Basis geben. Entscheidend ist die Festigung der Parteiorganisation, nicht das Setzen auf Bürgerinitiativen, die mit dem Problem kommen und vergehen. Die CSU hat mit dem Kurswechsel bei der WAA ihre Untaten der Vergangenheit vergessen machen können. Das wird uns aber nicht daran hindern, immer wieder deutlich zu machen, wer diesen Kurswechsel und die Wende zum Bessern möglich gemacht hat.

Auch die Grünen haben dafür büßen müssen, daß sie sich in einem sinnlosen Kampf um Randprobleme mit der SPD verkämpft hatten, statt gemeinsam und arbeitsteilig die Themen anzugehen. Das Wahlergebnis wird hoffentlich auch für die Grünen eine Lehre sein. Hauptgegner ist und bleibt die CSU.

Ich hoffe, daß auch die Grünen nach dieser Wahl begreifen, daß eine Wadlbeisserei gegen die SPD ihnen nichts bringt und daß diese neurotischen Kämpfe an der rot-grünen Scheidelinie überflüssiger als ein Kropf sind.

Wichtigste Aufgabe der kommenden Wochen ist es, gegen Resignation und Desinteresse anzugehen, die CSU hat ihr Ergebnis bei der Landtagswahl nur erreichen können, weil rund 100.000 SPD-Wählerinnen und Wähler der Landtagswahl fernblieben. Wenn es gelingt, bei der Bundestagswahl diese Scharte auszuwetzen, werden auch wir wieder fröhlichere Ergebnisse vermeiden können. Doch vorher darf sich die SPD nicht durch Personaldebatten oder Organi-

sationsgerede von der Hauptaufgabe ablenken lassen: Dem Kampf um eine bessere Mehrheit im neuen deutschen Bundestag.

(-/17.10.1990/rs/ks)

"Neue" Karten aus dem Presseamt
Zur deutschen Benennung tschechischer und polnischer Städte

Von Reinhold Hiller MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Innerdeutsche Beziehungen

In dieser Woche verschickte das Bundespresseamt zwei Westermann-Karten der neuen Bundesrepublik Deutschland. Es wäre prinzipiell zu begrüßen, wenn die Bundesregierung nun endlich ihre alten 37er- durch 90er-Karten ersetzen würde. Auf den "neuen" Karten des Bundespresseamtes ist zwar die innerdeutsche Grenze entfernt und die 37er-Grenzen nicht mehr erkennbar, doch die Grenze an der Oder wird nur durch die Grenzlinie markiert. Den Städten ihre polnischen und tschechischen Namen zu geben, war wohl zu viel verlangt. Auf einer der Karten konnte man sich immerhin schon dazu durchringen, die polnischen und tschechischen Namen in Klammern darunter zu setzen.

Das Weiterführen der deutschen Städtenamen führt in diesem sensiblen Bereich zu gefährlichen Assoziationen. Bei den Polen weckt es mit Recht böse Erinnerungen. Dies allein ist schon schlimm genug, um die Bundesregierung aufzufordern, die Verteilung zu stoppen, denn durch sie wird die Karte offiziell.

Aber noch viel schlimmer ist, daß die Beibehaltung der deutschen Städtenamen auf offiziellen Karten der Bundesregierung den Berufsvertriebenen und allen rechtsradikalen Kräften als eine Bestätigung erscheinen muß. Die Bestätigung weiterzumachen mit ihren Aktivitäten, die darauf gerichtet sind die sogenannten deutschen Ostgebiete "zurück"zubekommen.

Aussagen wie "Wir verschenken nicht ein Viertel Deutschland" oder die Kampagne "Volksabstimmung über die deutschen Ostgebiete" und viele andere mehr belegen die Gesinnung. Ihnen schiebt diese Bundesregierung mehr und mehr Mittel in Millionenhöhe zu, die für sinnvolle Tätigkeiten zum Aufbau in der DDR genutzt werden sollten.

Auch die Gelder des Bundespresseamtes für die "neuen" Karten - und wie die Vergangenheit gezeigt hat nicht nur dafür - hätte man sinnvoller nutzen können. Statt Propagandamaterial zu erzeugen, sollte lieber sinnvolles in den neuen fünf Bundesländern geleistet werden.

(-/17.10.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

Horst-Eberhard Richter: Die neue friedenspolitische Aufgabe der Deutschen (Teil I)

Der Psychoanalytiker und Sozialpsychologe Horst-Eberhard Richter forderte kürzlich auf dem in Bonn stattfindenden Kongreß der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) von den Deutschen eine "Abkehr vom Stärke kult". Wir dokumentieren sein Referat in drei Teilen.

Daß die gefeierte deutsche Vereinigung mit der Krise am Golf zu tun habe, ist in den meisten Reden am 3. Oktober kaum sichtbar gemacht worden. Dennoch stellt sich sofort ein Zusam-

menhang her, wenn man die Feststellung zahlreicher politischer Redner ernst nimmt, daß das vereinigte Deutschland eine erweiterte Verantwortung im internationalen Zusammenleben zu übernehmen habe. Da sollte doch sofort der Blick auf den Nahen Osten fallen, wo sich täglich die Gefahr eines verheerenden Krieges mit Massenvernichtungswaffen erhöht. Präsident Bush denke verstärkt über eine "militärische Lösung nach" heißt es in Nachrichten der letzten Tage. Wie belläufig wird die Wahrscheinlichkeit erörtert, daß wohl nichts anderes übrigbleiben werde, als der Bedrohung durch Saddam Husseins Chemie- und biologische (?) Waffen mit der sogenannten "atomaren Option" zu begegnen. Was die breite Öffentlichkeit als bloße regionale Straffaktion gegen den irakischen Aggressor phantasiert, würde sich zu einer Katastrophe un-ausdenkbaren Ausmaßes auswachsen.

Wie kommt es zu der fatalen Verdrängung dieser realistischen Aussicht? Weil der Golf so weit weg ist? Weil wir uns hier nicht wie zur Zeit des Kalten Krieges selbst bedroht fühlen? Weil man nach den Giftgasverbrechen Saddam Husseins gegen die Iraner und die Kurden bereits den Glauben verloren hat, die ABC-Waffen jemals noch effektiv ächten zu können?

Oder gibt es gar so etwas wie ein heimliches Lauern auf den großen Knall, nachdem alles systematisch für ihn vorbereitet erscheint? Da und dort wisper es schon: Dieses eine Mal müsse man halt noch ein blutiges Exempel statuieren, dann werde ein herrlicher Dauerfrieden ausbrechen, von den einträchtigen Supermächten und der UNO beschützt. Nur das eine Mal noch...

Was sollen alle allgemeinen Friedlichkeits-Beteuerungen zum Vereinigungstag, wenn dieses Deutschland mit seiner allerseits betonten erweiterten Verantwortung sich nicht vernehmlich rührte, um nachdrücklich für die politische Verhinderung eines Krieges einzutreten, der - von den Massen der unmittelbaren Opfer abgesehen - entsetzliche weltweite Auswirkungen hätte?

Unser IPPNW-Kongreß kommt gerade zur rechten Zeit, um diese Frage und anderes Verdrängte aus dem Themenbereich globales Überleben aufklärerisch und mahnend aufzurühren. Manche werden uns wie üblich als Angst- und Miesmacher verwünschen, da wir uns sogar in diesem festlichen Augenblick nicht scheuen, unbequeme Tatsachen beim Namen zu nennen. Es sind wahrlich keine Gespenster, die hier an die Wand zu malen sind. Gewiß teilen die meisten von uns hier die tiefe Genugtuung über die friedliche, freie und von den Nachbarn respektierte Vereinigung der Menschen aus dem bisher künstlich gespaltenen Land. Aber eine vorurteilslose kritische Analyse der realen Gefahren ist notwendig, um zu konstruktiven präventiven Anstrengungen anzustiften.

Unsere alltägliche ärztliche Erfahrung lautet: Erst dann pflegen Patienten gesundheitsschädliche Verhaltensweisen aufzugeben und ihre Selbstheilungskräfte zu mobilisieren, wenn sie unmittelbar spüren, daß es not tut. Wenn sie - wie wir es nennen - Krankheitseinsicht gewonnen haben. Nun ist es unsere feste Überzeugung, daß in der achtlosen Hinnahme horrender Risiken für den Frieden und die Umwelt heute so etwas wie eine kollektive Krankheit wirksam ist, deren Verleugnung eine entschlossene Verwirklichung präventiver Strategien behindert. Und eben um diese heilsamen Strategien geht es uns. Das ist unser praktischer Optimismus.

Nun ist es nicht meine Aufgabe in dieser Eröffnungsrede in eine differenzierte Analyse der einzelnen kritischen Problemfelder einzusteigen, denen sich morgen und übermorgen zahlreiche Vorträge und Arbeitsgruppen widmen werden. Statt dessen möchte ich mit Ihnen versuchen, das Thema unseres Kongresses mit Überlegungen zu den friedenspolitischen Aufgaben aus der deutschen Vereinigung zu verknüpfen, weil ich unterstelle, daß in Ihnen noch viele Eindrücke der letzten Tage nachklingen.

Wir haben in manchen zum Teil bewegenden Reden gehört, wie wenig die Welt von einem vereinigten größeren Deutschland zu befürchten und wieviel es von ihm zu erhoffen habe. Wir alle wünschen, daß sich diese Versprechungen erfüllen mögen. Wer sich allerdings in diesen Wochen verschiedentlich in unseren Nachbarländern aufgehalten hat, bekam dort immer wieder die leise Sorgen zu hören: Wie werdet ihr euren Machtzuwachs verarbeiten? Wie werdet ihr die Freiheit nutzen, nachdem ihr partiell aus eurer bisherigen Satellitenrolle im Blockgefüge

befreit seid? Könnt ihr wirklich garantieren, daß jene Größenideen und Dominanzansprüche nicht wieder durchschlagen, die uns immer noch in furchtbarer Erinnerung sind?

Es ist schon ein bißchen eigenartig, mit welcher Selbstverständlichkeit man hierzulande solche Bedenken bagatellisiert oder gar nicht wahrhaben will. Als gehöre es sich gar nicht, an einem künftigen friedlichen Musterverhalten der Deutschen zu zweifeln nach unserer 40jährigen demokratischen Bewährung. Aber es sollte doch nicht so sein, daß man sich im Ausland ausführlicher als hier darüber Gedanken macht, wie wir Deutschen uns künftig in unserem veränderten Status definieren werden.

Eine verbreitete hiesige Ausrede lautet: Zu solchen Grübeleien fehle uns augenblicklich die Zeit. Mit der Vereinigung gebe es so viel technisch-ökonomisch zu bewältigen, daß wir das erst einmal in den nächsten Jahren hinter uns bringen müßten. Während dessen seien wir doch ohnehin so fest in internationale Organisationen und Abmachungen eingebunden, daß niemand von uns unerfreuliche Extratouren befürchten müsse.

Richtig ist, daß das Management des Vereinigungsprozesses viel Konzentration und Engagement erfordert, um die kollabierte DDR-Wirtschaft umzustrukturieren und zu stärken. Aber bereits diese Aufgabe ist untrennbar mit Grundsatzentscheidungen verbunden: Welche Bedeutung wird man bei dieser Umstrukturierung ökologischen Notwendigkeiten einräumen? Und wie konsequent wird man den Rüstungshaushalt zugunsten der Finanzierung verträglicher Produktionen und Leistungen beschneiden?

Wir Deutschen haben uns nach Hitler daran gewöhnt, teils aufgezwungen, teils freiwillig die Verantwortung in den großen internationalen Fragen an andere zu delegieren. In der DDR war seit 1945 jede Selbstbestimmung unter dem von Moskau gesteuerten System ohnehin unmöglich. Eigenständiges Denken konnte sich über Jahrzehnte nur in Nischen unter dem Schutz der evangelischen Kirche artikulieren. Den Westdeutschen wurde die amerikanische Vormundschaft anfangs aufoktroiert, aber bald wurde sie zur rettenden Zuflucht aus der eigenen Identitätsleere unter Verdrängung der Vergangenheit. Uneingestanden vollzog sich ein geistig-politischer Prozeß der Amerikanisierung. Da gab es keine politische oder kulturelle Strömung der USA, die nicht eilig komplett nachvollzogen worden wäre. Es war die optimale Chance, mit dieser totalen Anpassung Hitler zu vergessen. Überdies erlaubte dann der Kalte Krieg, sich als ideologischer und militärischer Vorposten gegen den östlichen Weltfeind zu bewähren, gegen den man ja schon vor 1945 gekämpft hatte.

Exkanzler Helmut Schmidt charakterisierte mir gegenüber einmal in einem Gespräch seinen designierten Nachfolger Helmut Kohl als einen Mann, der stets heute das tun würde, was übermorgen die Amerikaner von den Deutschen wünschen würden. Aber wurde dieser Kanzler nicht gerade deswegen gewählt? War und ist es nicht immer noch das Bequemste nach der Schande Hitler, die Amerikaner für uns denken und machen zu lassen, wo es um heikle internationale Entscheidungen, speziell in der Sicherheitspolitik geht?

Aber jetzt müssen wir uns im Osten und dürfen wir uns im Westen nicht länger drücken. Ob wir wollen oder nicht: Wir müssen uns, neuerdings ohne Satellitenkorsett, entscheiden, wie wir unsere künftige Stellung in der Welt verstehen und welchen Kurs wir steuern wollen. Wir sind zu groß und international zu gewichtig, als daß wir uns hinter unseren vertraglichen Verpflichtungen verstecken könnten, als würden diese uns von unserer gestiegenen Eigenverantwortung entlasten.

(-/17.10.1990/rs/ks)

(Den zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).